

Schleswig-Holsteinischer Landtag
Stenographischer Dienst und Ausschußdienst

N i e d e r s c h r i f t

Finanzausschuß

26. Sitzung
am Donnerstag, dem 9. Januar 1997, 10.00 Uhr,
Sitzungszimmer des Landtages

Anwesende Abgeordnete

Lothar Hay (SPD)

Vorsitzender

Holger Astrup (SPD)

Uwe Döring (SPD)

Renate Gröpel (SPD)

in Vertretung von Ursula Kähler

Jürgen Weber (SPD)

in Vertretung von Günter Neugebauer

Eva Peters (CDU)

Reinhard Sager (CDU)

Berndt Steincke (CDU)

Thomas Stritzl (CDU)

Monika Heinold (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wolfgang Kubicki (F.D.P.)

Weitere Abgeordnete

Friedrich-Carl Wodarz (SPD)

Gero Storjohann (CDU)

Roswitha Strauß (CDU)

Frauke Tengler (CDU)

Herlich Marie Todsén (CDU)

Anke Spoorendonk (SSW)

Weitere Anwesende

Tagesordnung:		Seite
1.	Sanierung des Altstandortes Neue Metallhütte Lübeckhier: Finanzierung der weiteren Maßnahmen	5
	Vorlage des Ministeriums für Umwelt, Natur und Forsten Umdrucke 14/217, 14/269, 14/286 und 14/335	
2.	Berichte der Landesregierung nach §114 Abs. 4 LHO - in bezug auf die Bemerkungen 1994 des Landesrechnungshofs - einschließlich Nachtrag - - in bezug auf die Bemerkungen 1995 des Landesrechnungshofs	7
	Vorlage des Ministers für Finanzen und Energie Umdruck 14/52	
	Vorlagen des Ministers für Finanzen und Energie Umdrucke 14/35, 14/53, 14/234	
	hierzu: Vorlage des Präsidenten des Landesrechnungshofs Umdruck 14/173	
3.	Über- und außerplanmäßige Ausgaben und Verpflichtungen für das III. Vierteljahr des Haushaltsjahres 1996	8
	Vorlage des Ministers für Finanzen und Energie Umdruck 14/310	
4.	Konzept zur Unterbringung des Landtages und der neustrukturierten Ministerien	9
	Vorlage des Ministers für Finanzen und Energie Umdruck 14/326	
5.	Investitionsbankbericht 1995	10
	Drucksache 14/79	
6.	Finanzplan des Landes Schleswig-Holstein 1996 bis 2000	12
	Bericht der Landesregierung Drucksache 14/300 und Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung des Haushaltsplanes 1997 (Haushaltsgesetz 1997)	
	Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 14/240	
7.	Information/Kenntnisnahme	14
8.	Verschiedenes	15

Der Vorsitzende, Abg. Hay, eröffnet die Sitzung um 10.00 Uhr und stellt die Beschlußfähigkeit des Ausschusses fest.

Abg. Sager nimmt Bezug auf die gemeinsame Sitzung des Finanzausschusses und des Innen- und Rechtsausschusses am 27. November 1996 und bittet, das Thema **Auswirkungen des Spielbankengesetzes insbesondere auf die Mitarbeiter** in der heutigen Sitzung des Finanzausschusses zu behandeln. Der Vorsitzende hält dagegen, daß ihm bis zur Stunde die in der erwähnten Sitzung angekündigten Fragen nicht vorlägen, und regt an, das Thema in der nächsten Sitzung zu behandeln. - Abg. Sager ist damit einverstanden.

Die Tagesordnung wird in der vorstehenden Fassung gebilligt.

Punkt 1 der Tagesordnung:

**Sanierung des Altstandortes Neue Metallhütte Lübeck
hier: Finanzierung der weiteren Maßnahmen**

Vorlage des Ministeriums für Umwelt, Natur und Forsten
Umdruck 14/217, 14/269, 14/286 und 14/335

Abg. Stritzl merkt einleitend an, seine Fraktion habe Bedenken gegen die Bildung eines Sondervermögens zur Finanzierung der weiteren Maßnahmen im Zuge der Sanierung des Altstandortes Neue Metallhütte Lübeck. Außerdem bittet er um die Erarbeitung einer Finanzierungsalternative.

Abg. Heinold äußert Unverständnis für diese Stellungnahme. Sie führt aus, daß das Ministerium "hervorragende Unterlagen" zur Verfügung gestellt habe, unter denen sich die erste der aufgeführten Varianten als die beste erweise.

Abg. Döring dankt dem Ministerium für die "guten und umfassenden Unterlagen" und legt dar, seine Fraktion sei nach ausführlicher Beratung zu dem Ergebnis gekommen, daß die erste Variante die sinnvollste und wirtschaftlichste sei.

P Dr. Korthals erklärt, daß der Landesrechnungshof die erste der aufgeführten Varianten befürworte.

Abg. Stritzl bezeichnet die Finanzierung der weiteren Maßnahmen im Zuge der Sanierung insofern als problematisch, als die Abfallabgabe nach seiner Überzeugung einer rechtlichen Überprüfung nicht standhalten werde. Gegen die Notwendigkeit der Maßnahme bestünden im übrigen - so stellt Abg. Stritzl klar - keinerlei Bedenken.

Abg. Kubicki erklärt, daß auch seine Fraktion "gewisse Bedenken" gegen die Finanzierung der weiteren Maßnahmen durch die Abfallabgabe habe, daß sie aber im Ergebnis nicht durchschlüge. Er werde zusammen mit SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN der Vorlage zustimmen.

MDgt. Kesting greift eine Bemerkung des Abg. Steincke auf und legt dar, daß der Altstandort Neue Metallhütte Lübeck die größte Altlast des Landes darstelle. Die Sanierung dieser Altlast sei Voraussetzung für die Ansiedlung von Industrie und Gewerbe auf einer dann hervorragend geeigneten Fläche. Aus Mitteln der Gemeinschaftsaufgabe dürfe der Altlaststandort nicht saniert werden, möglicherweise aber stünden für Erschließungsmaßnahmen derartige Mittel zur Verfügung.

Die Frage des Abg. Steincke, ob es eine Prioritätenliste für die Sanierung von Problemflächen in Schleswig-Holstein unter ökologischen Gesichtspunkten gebe, wird von WD Dr. Kuhnt verneint. Selbstverständlich aber werde - so fügt sie hinzu - bei Anmeldung von Vorhaben nach Prioritäten entschieden: in der gestuften Vorgehensweise stehe dabei die Erhaltung der Gesundheit des Menschen an erster Stelle. RD Petersen verweist auf die Prioritätenliste in Umdruck 14/275.

Der Antrag des Abg. Stritzl auf Erarbeitung einer Finanzierungsalternative wird mit den Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und F.D.P. abgelehnt. Mit demselben Stimmenverhältnis stimmt der Ausschuß dem im Variantenvergleich aufgeführten ersten Modell - Umdruck 14/335 - zur Finanzierung der weiteren Maßnahmen im Zuge der Sanierung des Altstandortes Neue Metallhütte Lübeck zu.

Punkt 2 der Tagesordnung:

Berichte der Landesregierung nach § 114 Abs. 4 LHO- in bezug auf die Bemerkungen 1994 des Landesrechnungshofs - einschließlich Nachtrag -

Vorlage des Ministers für Finanzen und EnergieUmdruck 14/52

- in bezug auf die Bemerkungen 1995 des Landesrechnungshof

Vorlagen des Ministers für Finanzen und EnergieUmdrucke 14/35, 14/53, 14/234hierzu: Vorlage des Präsidenten des Landesrechnungshofs Umdruck 14/173Beschlüßfassung über die Empfehlungen der Arbeitsgruppe "Haushaltsprüfung" - 8. Sitzung am 29. November 1996 -

Auf Vorschlag des Vorsitzenden nimmt der Ausschuß die Berichte zur Kenntnis, macht sich im übrigen die Empfehlungen der Arbeitsgruppe "Haushaltsprüfung" zu eigen und bittet die Landesregierung, die erneut gewünschten Berichte zu Beginn der parlamentarischen Arbeit nach der Sommerpause 1997 vorzulegen.

Punkt 3 der Tagesordnung:

**Über- und außerplanmäßige Ausgaben und Verpflichtungen für das III.
Vierteljahr des Haushaltsjahres 1996**

Vorlage des Ministers für Finanzen und EnergieUmdruck 14/310

Der Ausschuß nimmt die Vorlage ohne Aussprache zur Kenntnis.

Punkt 4 der Tagesordnung:

Konzept zur Unterbringung des Landtages und der neustrukturierten Ministerien

Vorlage des Ministers für Finanzen und EnergieUmdruck 14/326

Der Ausschuß folgt dem Vorschlag des Vorsitzenden und vertagt aus Zeitgründen die Beratung dieses Tagesordnungspunktes auf die nächste Sitzung.

Punkt 5 der Tagesordnung:

Investitionsbankbericht 1995

Drucksache 14/79(überwiesen am 15. August 1996)

Der Sprecher der Investitionsbank, Herr Rieck, erläutert dem Ausschuß in großen Zügen den Bericht der Investitionsbank für das Jahr 1995, Drucksache 14/79.

In der anschließenden Diskussion verweist Abg. Heinold auf die in ihrer Fraktion problematisierte Frage nach den parlamentarischen Kontrollmöglichkeiten zur Wirtschaftlichkeitsüberprüfung der von der Investitionsbank vorgelegten Angebote und bittet Herrn Rieck darzulegen, ob die Investitionsbank jeweils das wirtschaftlich günstigste Angebot unterbreite.

Herr Rieck merkt an, daß sich die Investitionsbank im Wettbewerb mit anderen Anbietern befinde. Aufgrund von Fusion und Rationalisierungsmaßnahmen habe die Bank beispielsweise im Bereich der Wohnungsbauförderung bei Verdoppelung des Fördervolumens ein Rationalisierungspotential von zirka 50 % ausgeschöpft und gleichzeitig die sogenannten Durchlaufzeiten - also die Zeit zwischen Antragstellung und Bewilligung - halbiert. Herr Rieck bringt seine Überzeugung zum Ausdruck, daß die Investitionsbank sehr leistungsfähige Angebote offeriere.

Hinsichtlich der Überprüfbarkeit der Wirtschaftlichkeit - so führt Herr Rieck fort - habe das Land Schleswig-Holstein die Möglichkeit, eigene Kostenvergleiche anzustellen oder Kostenvergleiche anderer Institute einzuholen.

Auf die von Abg. Döring gestellte Frage nach dem Stand der Umsetzung eines integrierten Förderungsansatzes im allgemeinen sowie speziell im ländlichen Raum entgegnet Herr Rieck, daß dieses Förderungskonzept erst seit 1996 in Ansätzen im Rahmen einzelner Projekte praktiziert werde. Als Beispiel führt er die Sanierung von acht Schulen in Lübeck an. Bei diesem Projekt seien Investitionskosten durch Synergieeffekte optimiert, Förderungsmöglichkeiten verschiedener Ressorts genutzt sowie ein tragfähiges Finanzierungskonzept entwickelt worden.

Herr Dr. Rave fügt ergänzend hinzu, daß die Investitionsbank im vergangenen Jahr mit dem Ministerium für ländliche Räume, Landwirtschaft, Ernährung und Tourismus unter

Einbeziehung der Ämter für Land- und Wasserwirtschaft eine Rahmenvereinbarung abgeschlossen habe, die auf der Grundlage der aus den ländlichen Struktur- und Entwicklungsanalysen gewonnenen Erkenntnisse einen integrierten Förderungsansatz vorsehe. Das bedeute, daß dem "Kunden", das heißt dem Amt oder der Gemeinde gegenüber, "aus einer Hand gehandelt" werden solle. Den fünf Modellämtern in Schleswig-Holstein liege eine Vielzahl von bereits definierten Objekten vor. Ein "Referenzobjekt" könne er nicht ausweisen, da sich die Umsetzung noch hinziehe, unterstreicht Herr Dr. Rave.

Herr Rieck erläutert auf Nachfragen der Abgeordneten Stritzl und Döring die im Wirtschaftsprüfbericht zur Risikoversorgung im Kreditgeschäft dargestellte Entwicklung der Wertberichtigungen und pauschalen Wertberichtigungen. Er hebt hervor, daß die Nettoauflösung aus den Risiken im Kreditgeschäft in Höhe von 21 Millionen DM dem Fonds für Zinsausgleich als zusätzliche Reserve zugeführt werde. Es zeichne sich ferner ab, daß die pauschalen Wertberichtigungen langfristig aufgelöst würden.

Auf die Bitte des Abg. Döring, die Gründe für den Anstieg der Zahl der Mitarbeiter im Jahr 1995 zu präzisieren, verweist Herr Rieck auf die Übernahme von 66 Mitarbeitern der Landesbank durch die Investitionsbank. Rationalisierungsmaßnahmen trügen dazu bei, die Anzahl dieser Mitarbeiter zu halbieren. Im Bereich der Personal- und Sachkosten sei nach internen Leistungsberechnungen ein realer Kostenrückgang zu verzeichnen.

Der Vorsitzende, Abg. Hay, stellt fest, daß der Ausschuß den Bericht der Investitionsbank für das Jahr 1995 zustimmend zur Kenntnis genommen hat.

Punkt 6 der Tagesordnung:

Finanzplan des Landes Schleswig-Holstein 1996 bis 2000

Bericht der Landesregierung Drucksache 14/300

und

Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung des Haushaltsplanes 1997 (Haushaltsgesetz 1997)

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 14/240

hierzu: Umdrucke 14/192, 14/198, 14/199, 14/200, 14/204

- **Beantwortung von Fragen**
 - zu Einzelplan 05 - Umdruck 14/314**
 - zu Einzelplan 06 - Umdruck 14/318**
 - zu Einzelplan 13 - Umdruck 14/324**

Zu den Themen "**Entwicklung des Steueraufkommens 1996** einschließlich Länderfinanzausgleich und Bundesergänzungszuweisungen" und "Vergleich der Steuerschätzung November 1996 mit dem Ist-Ergebnis für 1996 (Stand: 7.1.97)" legt M Möller dem Ausschuß Materialien vor - Umdrucke 14/361 und 14/362. Er erklärt im übrigen, daß er sich zu einer dezidierten Antwort auf Fragen nach der Steuerschätzung, dem Haushaltsvollzug, den Ergebnissen der Haushaltssperre und dem Abschluß des Haushaltes 1996 insgesamt im Augenblick außerstande sehe. Über einen vorläufigen Haushaltsabschluß werde er den Finanzausschuß in der nächsten Woche ebenso informieren können wie über das voraussichtliche Defizit des Haushaltsentwurfs 1997. Er beabsichtige, eine zweite Nachschiebeleiste vorzulegen, und stelle im übrigen Überlegungen an, künftig auf der Grundlage einer eigenen Steuerschätzung zu arbeiten.

Der Ausschuß nimmt die schriftlichen Antworten auf Fragen zu den **Einzelplänen 06 und 13** - Umdrucke 14/318 und 14/324 - ohne Aussprache zur Kenntnis.

Gegenstand einer kurzen Diskussion ist die Antwort auf Fragen zum **Einzelplan 05**, Umdruck 14/314. Abg. Stritzl und Abg. Sager kritisieren in diesem Zusammenhang den Aufwand für die Fallkontrollstudie und das Strahlenbiologische Gutachten. Außerdem ziehen sie in Zweifel, daß

die Landesregierung mit der Einrichtung einer "Informationsstelle zu Gefahren der Atomenergie" ihren Aufgaben zu objektiver Berichterstattung und Unterrichtung der Bevölkerung gerecht werde.

Sie stellen den Betrag von 600 000 DM, den das Land für 1997 für Gutachten auszugeben gedenke, der Summe von 32 Millionen DM gegenüber, die bisher von den privaten Betreibern von Kernkraftwerken aufgewandt worden seien, und bitten um eine Auflistung der Themenstellung mit den jeweiligen Ergebnissen. St Voigt sagt dies zu, merkt aber an, daß dafür ein gewisser Zeitaufwand erforderlich sei.

Der Ausschuß folgt im übrigen der Anregung des Vorsitzenden, die weitergehende und vertiefte Diskussion zum Thema "Reaktorsicherheit" im zuständigen Fachausschuß zu führen.

Punkt 7 der Tagesordnung:

Information/Kenntnisnahme

Der Ausschuß nimmt die Vorlagen Umdrucke 14/282, 14/287, 14/309 und 14/323 zur Kenntnis und vereinbart gleichzeitig, den Umdruck 14/309 im Zuge der Behandlung des Themas "Flexibilisierung und Budgetierung" erneut aufzurufen.

Punkt 8 der Tagesordnung:

Verschiedenes

a) Abg. Sager teilt mit, in der Region Ostholstein hätten Presseveröffentlichungen über die Verlegung der **Landesfinanzschule** von Malente nach Flensburg Irritationen hervorgerufen. M Möller teilt dazu mit, daß derzeit vor dem Hintergrund größerer Sanierungsnotwendigkeiten und einer Reduzierung der Nachwuchsausbildung ein Umzug der Landesfinanzschule von Malente in das Gebäude der alten Pädagogischen Hochschule in Flensburg unter Wirtschaftlichkeitsgesichtspunkten geprüft werde; aktuell werde dieses Thema jedoch frühestens im Jahre 2001/2002. St Dr. Lohmann ergänzt auf eine Frage des Abg. Sager, daß Ende des vergangenen Jahres eine Arbeitsgruppe eingesetzt worden sei; unmittelbar nach Vorliegen der Planungsüberlegungen und der Wirtschaftlichkeitsberechnungen werde der Finanzausschuß unterrichtet werden.

b) M Möller spricht das Thema "**Liegenschaft Blumenburg**" an und teilt mit, daß am 31. Dezember 1996 die Veräußerung der Liegenschaft zu einem Preis von 4,5 Millionen DM notariell beurkundet worden sei. Er kündigt die Vorlage eines Antrages auf Einwilligung in die Veräußerung an.

c) Der Vorsitzende erinnert daran, daß für den **6. Februar 1997** die Behandlung des Themas **IT-Ressortplanung** vorgesehen sei, und bittet, einschlägige Fragen dem Ministerium umgehend zuzuleiten.

d) Am **27. Februar 1997** soll das Thema **Einsatz von Zinsderivaten** behandelt werden.

e) Der Vorsitzende schlägt vor, den Entwurf der **Voten zu den Bemerkungen 1996** noch im Februar von der Arbeitsgruppe "Haushaltsprüfung" beraten zu lassen, um ihn anschließend dem Finanzausschuß zur Beschlußfassung vorzulegen. - Der Finanzausschuß ist einverstanden.

Der Vorsitzende schließt die Sitzung um 12.30 Uhr.

gez. Hay
Vorsitzender

gez. Breitkopf
Geschäfts- und Protokollführer